Fragen

für die Fragestunde der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Februar 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	67, 68	Jung, Christian, Dr. (FDP)	50
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 62
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Kluckert, Daniela (FDP)	23, 24
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 41	Kober, Pascal (FDP)	40
Brandner, Stephan (AfD)	14, 76	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 66
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 75	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	9, 59
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	26, 65	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 55
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	28	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	43	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46	Luksic, Oliver (FDP)	51, 54
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	7, 8	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	64, 71	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 69
Herbst, Torsten (FDP)	52, 53	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	15, 16	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Houben, Reinhard (FDP)	27		
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 63		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	10, 70		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 47	Weeser, Sandra (FDP)	17
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	13, 60	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	34, 35
Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	4, 61	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	57, 58
Strasser, Benjamin (FDP)	73	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	38, 39
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	2, 3	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	44, 45

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	19
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	22

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
Welche deutschen Neonazi-Gruppierungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung am 9. Februar 2019 in Ungarn mit jeweils wie vielen Mitgliedern an Veranstaltungen anlässlich des sogenannten Tages der Ehre teilgenommen (vgl. <https://presse-service.at/2019/02/09/budapest-tag-der-ehre-wehrmacht-gedenkveranstaltung-09-02-2019/>)?
2. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass der Grenzübergang zwischen dem irakischen Sinjar und dem syrischen Rojava für den Güterverkehr geöffnet wird, um die Versorgung der Bevölkerung und insbesondere die der jesidischen Bevölkerung im Nordirak zu verbessern?
3. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
Kann die Bundesregierung Medienberichte (www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-dschihadisten-ehemalige-is-kaempfer-stecken-in-kurdischer-haft-fest/23956558.html) bestätigen, wonach sie von den kurdischen Selbstverwaltungskräften YPG oder den Behörden der kurdischen Selbstverwaltung in Nordsyrien/Rojava um Verhandlungen zur Rücknahme deutscher IS-Kämpfer gebeten worden ist, und wie geht sie mit diesem Anliegen um?
4. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)
Welche Position vertritt die Bundesregierung zur Rückführung von ehemaligen IS-Kämpfern mit deutscher Staatsangehörigkeit und ihren Familienangehörigen nach Deutschland, die sich derzeit in den unter kurdischer Selbstverwaltung stehenden Gebieten in Nordsyrien in Gewahrsam befinden (vgl. www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/deutsche-is-kaempfer-in-syrien-100.html), und welche diesbezüglichen Gespräche hat die Bundesregierung bislang mit den politischen Verantwortlichen in Nordsyrien geführt?
5. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass der kamerunische Oppositionsführer Maurice Kamto vor ein Militärgericht gestellt werden soll, wo ihm die Todesstrafe drohen könnte (www.france24.com/en/20190213-

cameroon-opposition-leader-kamto-rebellion-biya), und welche konkreten gemeinsamen Initiativen zur Vermittlung im innerkamerunischen Konflikt gibt es von Seiten der Bundesregierung und der französischen Regierung vor dem Hintergrund, dass der deutsche Außenminister Heiko Maas und der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian in einem gemeinsamen Beitrag zur diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz ankündigten, „engagierter und durchsetzungsfähiger“ sein zu wollen, wo „Herausforderungen ein gemeinsames Vorgehen erfordern“ (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-le-drian-sueddeutsche/2189378)?

6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Schwerpunkte wird die Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Rahmen ihres Vorsitzes des Sanktionsausschusses zu Libyen und als Kofederführung zu „Libyen/Sanktionen“ einbringen bzw. verfolgen, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Freigabe der in Malta festgesetzten Fregatte „Al Hani“ für Einsätze durch die libysche Marine bzw. Küstenwache (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 43 des Abgeordneten Dr. Diether Dehm auf Bundestagsdrucksache 19/5815)?

7. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse, ob die EU-Kommission nach meiner Kenntnis die Sorge geäußert hat, dass die Debatte um humanitäre bzw. die Gewährung von humanitärer Hilfe inzwischen zu einem politischen Instrument der politischen Auseinandersetzung um Venezuela geworden ist, so dass die EU-Kommission gefordert hat, entsprechende Organisationen wie Rotes Kreuz, Caritas etc. mit der humanitären Hilfe zu betrauen, weil diese politisch unabhängig sind, und inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse, dass Hilfsorganisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Caritas die Initiative der Opposition in Venezuela – namentlich des Parlamentspräsidenten Juan Guaidó – so skeptisch sehen, dass sich das IKRK an den Lieferungen nicht beteiligen will, weil die Organisation eine politische Instrumentalisierung fürchtet (www.fr.de/politik/venezuela-menschen-untermachtkampf-zwischen-maduro-guaid-leiden-11743158.html)?

8. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Anforderungen bzw. Verfahrensvorschläge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der USA gegenüber Russland gestellt bzw. gemacht, um einen glaubhaften Nachweis zu führen, dass die russischen 9M729-Marschflugkörper nicht gegen den INF-Vertrag verstoßen, um „vollständige Transparenz herzustellen“ (dpa vom 24. Januar 2019) – vor dem Hintergrund, dass die US-Regierung bis heute öffentlich keine klaren und eindeutigen Belege für einen Verstoß vorgelegt hat und sich dieser Vorwurf allein auf Geheimdiensterkenntnisse stützen soll (www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript708.pdf, S. 2), und inwieweit würden nach Kenntnis der Bundesregierung entsprechende gegenseitige Vor-Ort-Inspektionen, die nicht nur auf russischer Seite ausgeführt würden, sondern auch beispielsweise auf US-amerikanischer, wie zuletzt im Dezember 2018 von Russland vorgeschlagen (<https://de.reuters.com/article/russland-usa-abr-stung-idDEKBN1OD0YK>), zu beidseitig größtmöglicher Transparenz führen?
9. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil an Mitteln aus dem Bundeshaushalt, die der sogenannten Palästinensischen Autonomiebehörde aus Mitteln der Europäischen Union zufließen?¹
10. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche quantitativen Angaben lassen sich zur Zahl der aktuell anhängigen Terminanfragen für Anträge auf Visumerteilung zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten machen (bitte nach den 22 am stärksten betroffenen Botschaften bzw. Visastellen differenziert auflisten), und wie ist der aktuelle Stand der bisherigen Bearbeitung von Anträgen auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten nach § 36a des Aufenthaltsgesetzes (bitte nach den unterschiedlichen Prüfebene(n) Botschaften, Bundesverwaltungsamt und nach Kenntnis der Bundesregierung Ausländerbehörden differenziert darstellen und die Angaben für die Monate Januar und Februar 2019, soweit vorliegend, gesondert ausweisen)?

¹ siehe hierzu auch Frage 59

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

11. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang beziehen Deutschland und nach Kenntnis der Bundesregierung die EU im laufenden Jahr 2019 Öllieferungen aus Venezuela, und inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts der aktuellen Lage in Venezuela den Kauf venezolanischen Erdöls einzustellen?
12. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Voranfragen und Anträge für Hermesdeckungen für Atomtechnologieexporte sind bei der Bundesregierung derzeit anhängig oder ruhend gestellt (ggf. bitte mit Angabe des Datums und Finanzvolumens), und hat die Bundesregierung in dieser Wahlperiode sogenannte Letters of Interest zu derartigen Voranfragen ausgestellt (ggf. bitte das Kalenderdatum angeben)?
13. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ergebnisse der Prüfung der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS), inwiefern der Dammbruch bei der Eisenerzmine Córrego do Feijão in Brumadinho, Brasilien, mit einer akkreditierten Konformitätsbewertungsleistung eines von der DAkkS akkreditierten Unternehmens der TÜV-SÜD-Gruppe in Verbindung steht (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 6. Februar 2019 auf meine Schriftliche Frage 86 auf Bundestagsdrucksache 19/7585), und inwiefern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Überlegungen bei der DAkkS, die Akkreditierung etwaiger ähnlicher Konformitätsbewertungsleistungen, die Unternehmen der TÜV-SÜD-Gruppe erbringen, und die von der DAkkS akkreditiert wurden, zu überprüfen?
14. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Findet nach derzeitiger Rechtslage eine Sicherheitsprüfung der gesamten Windkraftanlage und nicht nur einzelner Teile statt, und falls nicht, plant die Bundesregierung die Einführung solch einer Sicherheitsprüfung für die gesamte Windkraftanlage (vgl. „TÜV warnt vor Windrad-Havarien“, in FAZ vom 17. November 2018)?

15. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung die seit dem 1. Januar 2019 gültige Vorschrift, dass Privatkunden in internationalen Briefen der Deutschen Post AG keine Waren mehr versenden dürfen und die nach Presseberichten von der Bundesregierung überprüft werden soll, mit dem EU-Recht vereinbar (www.welt.de/wirtschaft/article187482710/Deutsche-Post-Porto-fuer-Privatkunden-bis-zu-400-Prozent-teurer.html), und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Regelung wieder rückgängig gemacht wird?
16. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Plant die Bundesregierung beim Projekt Südlink einen Runden Tisch für alle Bundesländer zur Einbeziehung in die Weiterplanung, und in welcher Form wird sich die Bundesregierung für Entschädigungszahlungen für Landwirte und Eigentümer einsetzen, die von der geplanten Trassenführung betroffen sind (www.hildesheimer-allgemeine.de/news/article/suedlink-tennet-will-favoritentrasse-ende-februar-nennen.html)?
17. Abgeordnete
Sandra Weeser
(FDP)
- Wie viele Netzausbauvorhaben erfüllen nach Kenntnis der Bundesregierung die Voraussetzungen für einen Verzicht auf eine Bundesfachplanung, wie im Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus (NABEG 2.0) vorgesehen?
18. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, um Stromtrassen als Erdkabel in den Standstreifen von Autobahnen zu verlegen, und wie bewertet sie diese Option?
19. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird sich die Bundesregierung z. B. gegenüber der Arbeitsgemeinschaft Mess- und Eichwesen bzw. den zuständigen Landeseichbehörden dafür einsetzen, dass der Betrieb von Gleichstrom-Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, die nicht eichrechtskonform sind, über den 31. März 2019 hinaus geduldet wird, und inwiefern wird sich die Bundesregierung z. B. gegenüber den zuständigen Preisbehörden der Länder dafür einsetzen, dass der Betrieb von Ladesäulen, die entgegen der Preisangabenverordnung den Strom nicht nach Kilowattstunden, sondern z. B. als sogenannte Session

- Fee abrechnen, auch über den 31. März 2019 gebildet wird (vgl. www.tagesspiegel.de/wirtschaft/e-mobilitaet-regelaenderung-bereitet-ladesaeulen-betreibern-probleme/23964684.html)?
20. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, die sogenannte Kaufprämie für Elektroautos über den 30. Juni 2019 hinaus zu verlängern, und welche Änderungen an der Förderung (z. B. Höhe der Prämie, Umstellung auf ein Bonus-Malus-System, Öffnung für weitere Fahrzeugklassen etc.) soll es bei einer Verlängerung geben?
21. Abgeordnete
Annalena
Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft wurde die Kaufprämie der Bundesregierung für Elektroautos bisher beantragt (bitte unter Angabe der abgerufenen Summe), und wird die Kaufprämie aufgrund dieser Zahl im Vergleich zum Ziel – bis Sommer 2019 den Kauf von 300 000 Fahrzeugen anzureizen (siehe www.welt.de/motor/news/article178662934/Nachfrage-nach-Praemie-sinkt-weiter-Elektroauto-Foerderung.html) – verlängert (bitte mögliche veränderte Förderbedingungen angeben)?
22. Abgeordnete
Annalena
Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des RWE-Chefs Dr. Rolf Martin Schmitz, wonach „[d]er Kohleausstieg [...] pro Gigawatt 1,2 bis 1,5 Mrd. Euro“ kostet (siehe www.energate-messenger.de/news/189497/schmitz-kohleausstieg-kostet-bis-zu-1-5-mrd-euro-pro-gigawatt; bitte begründen), und wann wird die Bundesregierung auf Grundlage der Beschlüsse der Kohlekommission mit den Betreibern über die Abschaltung von Kohlekraftwerken sprechen?
23. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um steigende Energiekosten für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen nach dem Kohleausstieg zu vermeiden?

24. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die LNG-Infrastruktur (LNG = Liquefied Natural Gas) möglichst schnell in Deutschland voranzutreiben?
25. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einigung zur Gasrichtlinie (www.welt.de/wirtschaft/article188703691/Nord-Stream-2-EU-Einigung-auf-Regeln-fuer-Gaspipeline.html), und wann will die Bundesregierung mit der Umsetzung starten?
26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse, dass die USA nicht aus Solidarität mit einigen europäischen Ländern, sondern vordergründig aus eigenen wirtschaftlichen Interessen (www.tagesspiegel.de/politik/umstrittene-pipeline-schroeder-vermutet-konkurrenz-hinter-widerstand-gegen-nordstream-2/22604290.html) auch mittels Sanktionsdrohungen versuchen, Nord Stream 2 zu verhindern – so zum Beispiel durch den Druck auf Frankreich im Zusammenhang mit Erwägungen neuer Russland-Sanktionen, die auch den in Russland sehr aktiven französischen Ölkonzern Total treffen könnten (dpa vom 7. Februar 2019) –, und inwieweit trifft es zu, dass Deutschland als Folge sachfremder politischer Erwägungen und anhaltenden Drucks aus den USA die Energieversorgung stärker auf amerikanisches durch Fracking gewonnenes Flüssiggas umstellen bzw. Anlagen für Flüssiggas aus den USA einrichten will (www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/gaspipeline-altmaier-sucht-beim-thema-nord-stream-2-den-dialog-mit-den-usa/23895502.html?ticket=ST-34501-fgz4vFLaIUMVNauoADvu-ap3)?
27. Abgeordneter
Reinhard Houben
(FDP)
- Wie hoch sind die noch ausstehenden Verbindlichkeiten des Airbus-Konzerns für die Entwicklung des Airbus-A380-Flugzeugs gegenüber dem Bund?
28. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Auf welches Volumen belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die noch ausstehenden Rückzahlungen des Staatskredits durch das Unternehmen Airbus an den Bund, und wie ist der derzeitige Sachstand der Bundesregierung bezüglich eines Rückzahlungsausfalls bzw. einer verspäteten

Rückzahlung durch die Produktionseinstellung des Passagierjets A380 bei Airbus (<http://m.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/airbus-schuldet-staat-wohnteile-eines-milliardenkredits-fuer-a380-entwicklung-a-1253275.html>)?

29. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Höhe haben die noch ausstehenden Rückzahlungen des Darlehens, welches Deutschland als Airbus-Kernnation im Rahmen der Entwicklungsbeihilfe an Airbus gezahlt hat (www.welt.de/wirtschaft/article188764167/Aus-fuer-Airbus-A380-Triumph-fuer-Boeing-Riesenverlust-fuer-Steuerzahler.html), und kann die Bundesregierung garantieren, dass der Steuerzahler bei Unternehmensbeihilfen dieser Art und hier insbesondere in Verlustfällen, wie jetzt beim Airbus A380, am Ende nicht die Kosten trägt?
30. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie definiert die Bundesregierung „volkswirtschaftliche Bedeutung eines Vorganges“, die als zentrales Kriterium für Staatseingriffe nach dem vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier vorgeschlagenen „neuen volkswirtschaftlichen Verhältnismäßigkeitsprinzip“ im Rahmen der „Nationalen Industriestrategie 2030“ angeführt wird, und sollten staatliche Eingriffe (wie im Papier vorgeschlagen beispielsweise mithilfe einer Beteiligungsfaszilität, www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/nationale-industriestrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=22) wenn überhaupt nicht eher darauf abzielen, unternehmerische Innovationen zu fördern, statt reine Größeneffekte durch Fusionen zu erzielen?
31. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass das aktuell gültige europäische Kartellrecht bereits heute die Marktmacht auf globalen Märkten betrachtet (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R0139&from=DE>), wenn der angestrebte Zusammenschluss dies erfordert, und welche Änderung des europäischen und deutschen Kartellrechts wird die Bundesregierung vorschlagen, um die „Fokussierung auf regionale und

nationale Märkte“ aufzuheben, wie vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier im Rahmen seiner Nationalen Industriestrategie 2030 vorgeschlagen?

32. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, eine Ministererlaubnis für Fusionen zu schaffen, und mit welchen Mehrheitsverhältnissen sollte über diese entschieden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

33. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde mit der in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/7797 genannten Untersuchung der Funktionsfähigkeit des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes begonnen, und wann ist mit abschließenden Ergebnissen zu rechnen?
34. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung die Schaffung von bundesweit einheitlichen und verbindlichen Qualitätsstandards für Verfahrensbeistände im Familienrecht, wie es die Kinderkommission des Deutschen Bundestages in ihrer Kommissionsdrucksache 19/04 fordert?
35. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Inwieweit plant die Bundesregierung eine Verbesserung der Forschungsgrundlage, wie Kinder selbst ihre Interessenvertretung vor Gericht erleben und wie diese verbessert werden kann, wie es die Kinderkommission in ihrer Kommissionsdrucksache 19/04 fordert?

36. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf Mieterinnen und Mieter dieses Jahr noch abzuschaffen, und falls die Bundesregierung noch keine abschließende Position zur Umlagefähigkeit der Grundsteuer hat, zu welchem Zeitpunkt wird eine solche feststehen?
37. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird mit Blick auf die Evaluation der Ende 2020 auslaufenden Mietpreisbremse diese verlängert, und wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorlegen, der diese Norm um eine Möglichkeit für die Länder erweitert, dass die Bundesländer selbstständig Mietpreise auch für Bestandsmieten – außerhalb des BGB – gesetzlich begrenzen können (siehe dazu u. a. einen Aufsatz des Juristen Peter Weber vom 1. November 2018 „Mittel und Wege landesrechtlichen Mietpreisrechts in angespannten Wohnungsmärkten“ in der JuristenZeitung JZ 2018, Heft 21, S. 1022 bis 1029), wie dies derzeit in der Berliner Landespolitik diskutiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Entgeltpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung sind nach Kenntnis der Bundesregierung unter Zugrundelegung des gegenwärtigen aktuellen Rentenwerts erforderlich, um eine gesetzliche Rente zu erhalten, deren Nettobetrag oberhalb der relativen Armutsschwelle der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für einen Einpersonenhaushalt (= 60 Prozent des Median-Nettoäquivalenzeinkommens) liegt, und wie hoch müsste ein Stundenlohn ausfallen, mit dem man in einem Jahr Vollzeitarbeit (mit 38,5 Wochenstunden) auf den fünfundvierzigsten Teil dieser Zahl an Entgeltpunkten kommen würde?

39. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Entgeltpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung würde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer mit einem Bruttostundenlohn von 9,19 Euro, 12 Euro, 13 Euro, 14 Euro und 15 Euro sowie mit einem Bruttostundenlohn in einer Höhe, die der Antwort zu Frage 39 entspricht, in einem Jahr Vollzeitarbeit (mit 38,5 Wochenstunden) erzielen?
40. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viele Menschen in Deutschland gelten nach Kenntnis der Bundesregierung als funktionale Analphabeten, und wie viele davon befinden sich im SGB-II-Leistungsbezug?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

41. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschäftigte in Bundesministerien und -behörden sind bzw. waren an dem Verein UNITER e. V. oder an den von dessen Vorsitzenden „Hannibal“ André S. moderierten Chats der nach Presseberichten rechten Netzwerke „Nordkreuz“, „Südkreuz“, „Ostkreuz“ und „Westkreuz“ beteiligt, und was unternahm die Bundesregierung, um solche Beteiligungen ihres Personals (statt wie angekündigt Parteimitgliedschaften; www.deutschlandfunkkultur.de/medienkritik-wo-bleibt-die-resonanz-auf-die-hannibal.1264.de.html?dram:article_Id=434071; www.sueddeutsche.de/politik/seehofer-beamte-afd-1.4327461) zu entdecken und aufzuklären?
42. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zur Forderung des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Dr. Hans-Peter Bartels nach Seelsorgenden für muslimische Bundeswehrsoldatinnen und Bundeswehrsoldaten sowie deren Angehörige (www.migazin.de/2019/01/29/wehrbeauftragter-bartels-dringt-auf-seelsorger-fuer-muslimische-soldaten/), und würde nach Ansicht der Bundesregierung eine hierfür ehrenamtlich organisierte

Seelsorge eine Benachteiligung gegenüber der organisierten Seelsorge durch katholische und evangelische Militärgeistliche bedeuten?

43. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Warum hat die Bundesregierung den Kampffjet F-35, der nach meiner Auffassung das marktverfügbare Waffensystem ist, welches alle Rollen des Tornados sofort erfüllen kann, als Zwischenlösung bis zur Realisierung von FCAS (Future Combat Air System) ausgeschlossen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 49, Plenarprotokoll 19/79)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

44. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die ambulante pflegerische Versorgung in den ländlichen Gebieten auszubauen, in denen die Versorgung schon jetzt nicht mehr ausreichend sichergestellt werden kann (www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Ambulante-Pflege-Aufnahmestopp-und-Kuendigungen,pflegenotstand134.html), und wie werden die Maßnahmen, die im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PPSG) dazu beschlossen wurden, überprüft?
45. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen prüft die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass alle 109 Krankenkassen tarifliche Bezahlung in der häuslichen Krankenpflege bundeseinheitlich umsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

46. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit, dass die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm nach ihrer Fertigstellung trotz ihrer Streckenneigung tatsächlich von den der Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde gelegten Güterzügen befahren wird, nachdem die Neubaustrecke München–Berlin von Güterzügen gemieden wird (Bundestagsdrucksache 19/7577), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass Neubaustrecken mit nach meiner Auffassung offensichtlich falschen Grundannahmen aus Mitteln des Bundes finanziert werden?
47. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe macht die Bundesregierung für den noch immer vorhandenen Abstimmungsbedarf mit Tschechien in Sachen Metropolenbahn München/Nürnberg–Prag geltend (vgl. Plenarprotokoll 19/76, S. 38), obwohl das tschechische Verkehrsministerium bereits vor Jahren eindeutige Ansagen zur Realisierung der Metropolenbahn auf tschechischer Seite gemacht hat (vgl. www.mittelbayerische.de/region/schwandorf-nachrichten/2018-koennteder-ausbau-beginnen-21416-art1166454.html und www.landkreis-schwandorf.de/media/custom/1901_3234_1.PDF?1447933300) und zugleich auf eine hohe Priorität des Projekts Metropolenbahn auf deutscher Seite gedrängt hat, und wie bewertet die Bundesregierung die Kritik aus Tschechien am mangelnden deutschen Engagement zur Metropolenbahn, wonach die deutsche Politik trotz offenkundigen Bedarfs kein klares Bekenntnis zur Trasse abgibt und nur bis zum eigenen Grenzstein gedacht werde (vgl. www.pragerzeitung.cz/index.php/home/wirtschaft/20144-hoechste-eisenbahn/)?
48. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine bundesweite Erhebung, um zu ermitteln, wie hoch der Anteil an Autofahrerinnen und Autofahrern ist, die an Radfahrenden beim Überholen mit zu geringem Seitenabstand, also mit weniger als 1,5 m Abstand, vorbeifahren (ähnlich dem Projekt in DER TAGES-SPIEGEL: www.tagesspiegel.de/berlin/projekt-radmesser-so-gefaehrlich-werden-radfahrer-in-berlin-ueberholt/23702706.html), und zu wie vie-

len Unfällen kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich durch zu engen Seitenabstand beim Überholvorgang?

49. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Erkenntnisse (neben den Unfallzahlen) hat die Bundesregierung über das Sicherheitsproblem eines zu geringen Seitenabstands beim Überholen von Radfahrenden durch Autofahrende, und welche Vorschläge bzw. Pläne hat die Bundesregierung, um die Sicherheit von Radfahrenden zu erhöhen, wenn Vorschriften wie das Überholen mit angemessenem Sicherheitsabstand von über der Hälfte der Autofahrenden (www.tagesspiegel.de/berlin/projekt-radmesser-so-gefaehrlich-werden-radfahrer-in-berlin-ueberholt/23702706.html) unabhängig von Schutzmaßnahmen, die Radfahrende selbst treffen, nicht eingehalten werden?
50. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung die von den EU-Verkehrsministern vorgeschlagene Maßnahme der Heimkehrpflicht als ausreichend an, um gegen den Alkoholkonsum im Güterkraftverkehr vorzugehen (www.bgl-ev.de/web/medien/presse/article_archiv.htm&news=3326&year=2019), oder sind aus ihrer Sicht weitere Schritte auf europäischer Ebene notwendig?
51. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes in Bezug auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Fahrers und weiterer Fahrzeuginsassen?
52. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Waren Elbanlieger sowie Fischerei- und Wassersportverbände der Elberegion an der Erarbeitung des „Gesamtkonzept Elbe“ durch die Bundesregierung beteiligt, und falls ja, wie war diese Beteiligung konkret ausgestaltet?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

53. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Nutztiere wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren von Wölfen getötet (bitte nach Jahren aufschlüsseln), und wie viel Geld wurde in diesem Zeitraum jährlich als Entschädigung an die betroffenen Nutztierhalter ausgezahlt?
54. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Inwiefern nimmt die Bundesregierung die Entscheidung des Landes Bayern, Fahrverbote als unverhältnismäßige Maßnahme im neuen Luftreinhalteplan der Stadt München auszuschließen, obwohl der Jahresmittelwert für NO₂ im Jahr 2018 an der Messstation an der Landshuter Allee 66 µg/m³ Luft betrug, zum Anlass, im Bundesimmissionsschutzrecht die vorhandenen Regelungen zu Schadstoffmessungen und Grenzwerten anzupassen, um auf nationaler Ebene einheitliche und vergleichbare Standards zu gewährleisten?
55. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat die Bundesregierung erfahren, dass die Klage von Kohlekraftwerksbetreibern gegen den Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 vom 31. Juli 2017 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) für Großfeuerungsanlagen abgewiesen wurde (siehe https://bizz-energy.com/kohlebranche_scheitert_bei_schadstoffen_eu), und welche Schlüsse zieht sie aus dem Scheitern der Klage für die fachliche und zeitliche nationale Umsetzung?
56. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des Volksbegehrens Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern „Rettet die Bienen!“, und wenn sie beabsichtigt, keine Konsequenzen daraus zu ziehen, warum nicht (bitte ausführlich begründen)?

57. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Bis wann soll nach Kenntnis der Bundesregierung eine Entscheidung für einen Standort für das in § 3 Absatz 3 Satz 3 des Entsorgungsübergangsgesetzes erwähnte „Bereitstellungslager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“, die im Schacht Konrad in Salzgitter dauerhaft unterirdisch gelagert werden sollen, getroffen werden, und kann die Bundesregierung bestätigen, ob ein Standort für ein solches Bereitstellungslager weder in Niedersachsen noch in Nordrhein-Westfalen sein wird?
58. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Bei wie vielen Atomkraftwerken und Reaktorblöcken im europäischen Ausland ist nach derzeitiger Einschätzung der Bundesregierung bzw. des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die „Sicherheit aus deutscher Sicht zweifelhaft“, und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um zu einem rechtssicheren Weg zu kommen, damit „Kernbrennstoffe aus deutscher Produktion nicht in Anlagen zum Einsatz kommen“, deren Sicherheit aus deutscher Sicht zweifelhaft ist (www.bmu.de/meldung/bmu-informiert-ueber-den-export-von-brennelementen/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

59. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- In welcher Höhe fließen jährlich Mittel aus dem Bundeshaushalt an die sogenannte Palästinensische Autonomiebehörde, und wie teilen sich diese Mittel auf die Budgets der einzelnen Bundesministerien auf?²
60. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Was ist der Inhalt des Gutachtens, welches nach Informationen der „taz.die tageszeitung“ am Ende des Gesprächs zwischen Günter Nooke und Wissenschaftsvertretern am 13. Februar 2019 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Prof. Dr. Rajja Kramer von

² siehe hierzu auch Frage 9

der Universität Hamburg übergeben wurde (www.taz.de/Archiv-Suche/!5570147&s=nooke/), und mit welcher Zielsetzung wurde dieses Gutachten erstellt?

61. Abgeordnete
**Helin Evrim
Sommer**
(DIE LINKE.)

In welchem finanziellen Umfang fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im laufenden Haushaltsjahr Projekte zur sozialen und beruflichen Wiedereingliederung von ehemaligen Kriegsteilnehmerinnen und Kriegsteilnehmern in bewaffneten Konflikten, darunter auch frühere Kindersoldatinnen und Kindersoldaten, und in welchen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden solche Projekte gefördert (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 73 auf Bundestagsdrucksache 19/484)?

62. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern hat die Bundesregierung wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehen „die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) daraufhin überprüf[t], ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen“ (S. 160), und strebt die Bundesregierung an, dass wesentliche Elemente der EPAs Teil des Nachfolgeabkommens des Cotonou-Abkommens, das derzeit auf EU-Ebene verhandelt wird, werden?

63. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Mit welchen Mitteln unterstützen die Bundesregierung sowie die durch die Bundesregierung geförderten Stellen wie Engagement Global und Servicestelle Kommunen in der einen Welt das Projekt der Umgestaltung der Stepan-Bandera-Straße (Wuliza Stepana Bandery) in Lwiw (Ukraine), siehe <https://city-adm.lviv.ua/video/watch/232615-211218?>

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

64. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wann wurde der Bundesregierung die Aufnahme einer Tätigkeit von Klaus-Dieter Fritsche, von Januar 2014 bis März 2018 beamteter Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragter für die Nachrichtendienste des Bundes, als durch den österreichischen Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) beauftragter Experte für die Reform des österreichischen Nachrichtendienstes Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) (vgl. Deutscher Ex-Staatssekretär Experte für BVT-Reform, KRONEN ZEITUNG vom 12. Februar 2019, www.krone.at/1861677) gemäß § 105 des Bundesbeamtengesetzes angezeigt, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung entschieden, ihm diese Tätigkeit nicht zu untersagen?³

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Vorschlag der EU-Kommission, Saudi-Arabien im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung auf die auf Basis von Daten der EU-Polizeibehörde Europol, dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Financial Action Task Force erstellte Schwarze Liste zu setzen bezüglich der Gründe (z. B. die Finanzierung welcher terroristischen Gruppen), und mit welchen Erkenntnissen hat Deutschland neben Großbritannien, Spanien, Frankreich und Italien versucht, Panama als Oase für zwielichtige Finanzgeschäfte und Saudi-Arabien als Geldquelle für Terroristen von der Liste zu streichen (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/geldwaesche-eu-kommission-stellt-schwarze-liste-vor-a-1252947.html)?

³ siehe hierzu auch Frage 71

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

66. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang sind aktuell vom Bund verwaltete Bundes- oder Beitragsmittel im Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit, Bundesversorgungsfonds, Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung und in der Bundes-Versorgungsrücklage jeweils in die Unternehmen Enel, Engie und Iberdola investiert (bitte nach Fonds bzw. Rücklage und Investmentumfang in Euro und Wertpapierstückzahlen differenzieren)?
67. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welchen Wissensstand hat die Bundesregierung über deutsche Staatsangehörige und Personen, die ihren dauerhaften Aufenthalt in Deutschland haben und sich in einem unbefristeten Hungerstreik für ein Ende der Isolation des in der Türkei inhaftierten Abdullah Öcalan befinden (<https://anfddeutsch.com/aktuelles/offener-brief-von-yueksel-koc-9535>), und inwieweit befasst sich die Bundesregierung mit den Hungerstreikenden, insbesondere ihrem gesundheitlichen Zustand und ihren Forderungen?
68. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Aktionen in Deutschland, in Bezug auf die Hungerstreikenden für ein Ende der Isolation des in der Türkei inhaftierten Abdullah Öcalan und ihre Forderungen, sind der Bundesregierung bekannt, und wie schätzt sie die Lage für die kommenden Tage diesbezüglich ein, insbesondere, wenn die Gefahr bestünde, dass die ersten Hungerstreikenden ums Leben kommen?
69. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Geduldete leben in Deutschland (differenziert nach Aufenthaltsdauer bis 2, 2 bis 4, 4 bis 6, 6 bis 8, 8 bis 10 und mehr als 10 Jahre), und wie viele davon sind Kinder oder Jugendliche (ebenfalls mit der Bitte um Differenzierung nach Aufenthaltsdauer)?

70. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Handelt es sich nach Auffassung der Bundesregierung bei der Verlängerung der Frist für eine Überstellung nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Dublin-Verordnung von sechs auf 18 Monate, wenn die betreffende Person flüchtig ist, um einen Verwaltungsakt, gegen den rechtliche Mittel eingelegt werden können (bitte vor dem Hintergrund der Rechtslage nachvollziehbar begründen und dabei Angaben zur derzeitigen Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Zusammenwirken mit den Ausländerbehörden machen), und wie können Betroffene in Erfahrung bringen und gerichtlich überprüfen lassen, ob in ihrem Fall behördlicherseits zu Recht von einer Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate ausgegangen wird, wenn sie hierüber nicht (schriftlich) informiert werden und keine Begründung erhalten (bitte begründen und dabei ebenfalls Angaben zur derzeitigen Praxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge im Zusammenwirken mit den Ausländerbehörden machen)?
71. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Warum sind nach Auffassung der Bundesregierung beamtete Staatssekretäre nicht vergleichbaren Regelungen unterworfen, wie sie im Bundesministergesetz gegeben sind (Untersagungsgründe: Tätigwerden in Angelegenheiten oder Bereichen, die zuvor ausgeübt wurden, sowie Beeinträchtigung der Integrität des Regierungshandelns), und sieht die Bundesregierung angesichts des aktuellen Vorgangs mit Blick auf die meines Erachtens anzunehmende „Gefährdung des Staatswohls“ bzw. der enormen Brisanz der vormaligen Tätigkeit von Klaus-Dieter Fritsche das Bestehen einer Gesetzeslücke, die geschlossen werden müsste?⁴
72. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, für die anstehende Wohngeldnovelle die angedachte Klimakomponente für energieeffizienten Wohnraum (Bundestagsdrucksache 18/13120) einzuführen, und greift sie dafür auf den seit Mai 2014 für vermietete und verkaufte Wohngebäude verpflichtenden Energieausweis zurück?

⁴ siehe hierzu auch Frage 64

73. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu dem vor kurzem aus Italien nach Tunesien abgeschobenen Tunesier, der mit Anis Amri im Jahr 2014 in Italien in Haft saß (vgl. www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_85252186/freund-von-amri-italien-weist-inhaftierten-tunesier-aus-.html)?
74. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rechtssicherheit haben britische Staatsangehörige im deutschen Beamtenverhältnis im Fall eines Brexit ohne Austrittsabkommen bis zur Prüfung ihres Falls, und plant die Bundesregierung im Fall eines Brexit ohne Austrittsabkommen eine Härtefallregelung für britische Staatsangehörige, die die angekündigte Dreimonatsfrist der Ministerverordnung (Bundestagsdrucksache 19/7240, S. 4 und 5 unter Nummer 2) verpassen?
75. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Fall eines Brexit ohne Austrittsabkommen eine Vertrauensschutzregelung für britische Staatsangehörige, die vor dem Austritt als EU-Bürger nach Deutschland gekommen sind, weiterhin hier wohnen und als Drittstaatsangehörige ggf. keinen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel mehr besitzen, oder plant sie zumindest eine Härtefallregelung, die ein Aufenthaltsrecht für besonders schutzwürdige Personengruppen begründet wie britische Rentner und Rentnerinnen, Schwerstbehinderte oder auch Angehörige jüdischer Familien, die Opfer von NS-Verbrechen waren?
76. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Überlegungen zur Erstellung von Gesetzentwürfen zu stärkerer Repräsentation welcher Bevölkerungsgruppen im Deutschen Bundestag gibt es von Seiten der Bundesregierung vor dem Hintergrund der Forderungen der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Katarina Barley und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey (beide SPD) nach einer Erhöhung des Frauenanteils im Bundestag (vgl. verschiedene Presseberichte, u. a. ZEIT ONLINE vom 31. Januar 2019 und 13. Februar 2019)?